

DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 33 / FRÜHJAHR 2012



THEMA: ARBEIT

Eigentum, das nicht verpflichtet
SYSTEMISCH VERANTWORTUNGSLOS

David Ellerman

Bedingungsloses Grundeinkommen
LASS SEHEN, WAS DU KANNST

Interview mit Götz Werner

Brief aus Frankreich
SCHAFFT MIR EINE *IDENTITÉ!*

Thomas Hahn

Galerie
KARSAIS PALASTRUINEN

Fotos von Sven Vüllers

Systemisch verantwortungslos

Insbesondere auf Finanzmärkten ist kein Zusammenhang mehr zu sehen zwischen den Aktivitäten der dort Handelnden und irgendeiner Rechtfertigung vor der Gesellschaft. Im Gegenteil: Die Verantwortungslosigkeit gehört hier zum System. Daran wird auch das ohnehin behutsame Drehen von „Stellschrauben“ nichts ändern. Dabei hat John Stuart Mill, ein auch im Mainstream anerkannter Wirtschaftswissenschaftler, schon vor anderthalb Jahrhunderten einen Ausweg skizziert, der sich heute allerdings ziemlich radikal anhört.

Von David Ellerman

Von den Märkten erwartet man wenigstens einen gewissen Zusammenhang von nützlichen Tätigkeiten mit Belohnungen, auch zwischen angerichteten Schäden und der Zahlung der dabei entstandenen Kosten. Knapper formuliert: Märkte sollen zwischen Handlungen und der Verantwortung für diese Handlungen eine Verknüpfung herstellen. Wenn also die Wirtschaft zusammenbricht (aufgrund, wie die Ökonomen sagen, „externer Faktoren“), dann haben die Märkte nicht funktioniert.

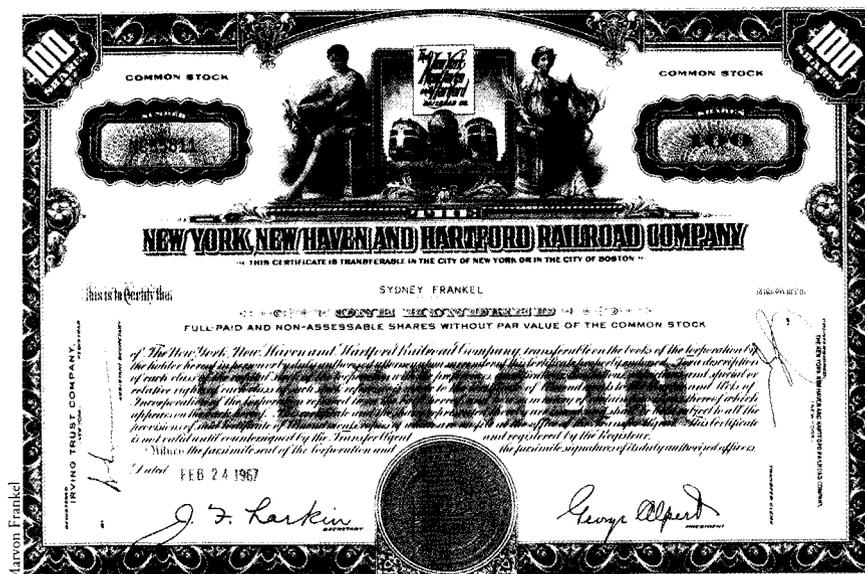
Und doch haben sich im vergangenen Jahrhundert hier, speziell innerhalb der Marktwirtschaft, die wir etwas ungenau als „amerikanischen Kapitalismus“ bezeichnen können, Neuerungen ergeben, die die Trennung von Handlungen und Verantwortlichkeit zum System gemacht haben. Das Bemerkenswerte daran ist nun, dass diese Neuerungen gar nicht als Interventionen gesehen werden, die sich gegen die Marktwirtschaft und ihre Grundsätze richten. Sie werden vielmehr als Schaffung „neuer Märkte“ verkündet, als „Verbesserungen“ und echt marktwirtschaftliche „Fortschritte“. In den Augen der führenden US-Politiker (und ihrer Nachbeter im Ausland) bewundert die ganze Welt diese Neuerungen.

Die weiter andauernde US-Wirtschaftskrise von 2008 hat ihren Grund weitgehend in neuartigen Finanz-Produkten (den Derivaten) und den Märkten für diese Produkte. Derivate wurden landauf landab als „Innovationen“ gepriesen, die zur Absicherung finanzieller Risiken eingesetzt werden sollten. Ebenso gut können sie jedoch zur Erhöhung des Risikos (und der Gewinne daraus) verwendet werden. Bald stellte sich heraus, dass die explosive Mischung auf unkontrollierten Derivate-Märkten Verluste in Billionenhöhe verursacht hatten, in einer Bevölkerung, die nicht einmal wusste, was Derivate sind und also überhaupt nicht verantwortlich sein konnte für diese „innovativen“ Instrumente.

So ermöglichte es beispielsweise die Schaffung neuer Märkte den Geldverleihern, sogenannte „Junk“-Hypotheken aufzulegen und dann diese dubiosen Schulden anderen zu verkaufen, die von den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort, also der Qualität der Darlehen, keine Ahnung hatten. Anfangs waren diese Probleme noch unter dem Deckel zu halten. Später aber wurden die Darlehen in Einzelteile zerlegt und neu gemischt, und diese neuen Instrumente konnten dann mit einem schönen

David P. Ellerman ist nach seiner Tätigkeit an verschiedenen Universitäten und für die Weltbank heute Gastprofessor an der University of California in Riverside.

DIE MANAGER FÜHREN
UNGEHEURE GEWINNE EIN
UND ÜBERLIESSEN
DIE VERLUSTE
DER GESELLSCHAFT.



Dem Inhaber gehört ein Stück Eisenbahn, das er nie sehen wird.

AAA-Rating an institutionelle Anleger verkauft werden. In diesem Boom wurde aus dem noch beherrschbaren Problem ein immer größeres, ein systemisches Risiko, unter dem das gesamte Wirtschaftssystem früher oder später zusammenbrechen musste. Aber die verantwortungslosen Akteure auf den neuen Märkten hatten kaum die Kosten für den zwangsläufigen Crash zu tragen. Im Gegenteil: Sie fuhren ungeheure Belohnungen ein und überließen die Verluste der Gesellschaft.

Das Problem kann nicht einfach durch eine andere Regulierung gelöst werden. Der Kern des Problems liegt darin, dass hier ein Grundsatz der Marktwirtschaft verletzt wird: der Zusammenhang zwischen einer Handlung und der Verantwortung für diese Handlung.

Die jüngste Krise ist jedoch nur ein oberflächliches Kräuseln im Vergleich zum tektonischen Beben der systematischen, ja institutionalisierten Verantwortungslosigkeit in den großen US-Unternehmen. Die Mutter aller Auflösungserscheinungen in der amerikanischen Marktwirtschaft ist der öffentliche Handel mit Aktien, genauer: die Einrichtung des Marktes, den wir zusammenfassend als „Wall Street“ bezeichnen. Auch dieser Markt, auf dem Unternehmensanteile gehandelt werden, wurde im späten und frühen 19. Jahrhundert als große Innovation und Fortschritt der Marktwirtschaft gefeiert.

Aber schon diese „neuen Märkte“ verstießen gegen das fundamentale Marktprinzip des Zusammenhangs von Handlungen und deren Konsequenzen. Dieser Verstoß wurde schon 1932 als die Trennung von Eigentum und Einflussnahme identifiziert (in: Berle/Means, *The Modern Corporation and Private Property*). In großem Maßstab konnten nun Manager im Unternehmen, allein aufgrund ihres Status in der Organisation (etwa so wie die Nomenklatura im realen Sozialismus), Entscheidungen treffen, die unmittelbar in das Leben der Menschen im Unternehmen eingriffen. Und dies geschah, ohne dass diese Entscheider irgendeiner Verantwortung dafür unterworfen waren, mit deren Geltendmachung man sie



KLibrary of Congress, 1943

Ansel Adams: Hände eines Drebers

hätte zur Rechenschaft zwingen können. Im politischen Leben einer Demokratie gibt es wenigstens theoretisch den Verantwortungsmechanismus der Wahlen: Die Wähler können die Versager rauswerfen. Aber in einem Unternehmen, das einem abwesenden Eigentümer gehört, gibt es nicht einmal theoretisch eine Wirtschafts- oder Arbeitsplatzdemokratie.

Der Manager in der Industrie ist nicht wie der Minister in der Politik ein „Dienender“: Er ist von den Beschäftigten weder gewählt, noch ist er ihnen gegenüber verantwortlich. Es ist nur denen gegenüber verantwortlich, die ihn ausgesucht haben: Kapitaleigner, Direktoren, irgendeine selbstherrliche Autorität. Der Manager ist kein Diener, und die Beschäftigten sind nicht seine Herren, sondern andersherum: Die Leute sind die Diener, und der Manager und die anonyme Macht hinter ihm sind die Auftraggeber. Unsere Regierung ist also wenigstens in der Theorie eine demokratische Einrichtung, aber Unternehmen sind auf ganz anderen Fundamenten aufgebaut. Die Menschen, die in großen Unternehmen von den Managern tatsächlich „regiert“ werden und am Ende die Folgen von deren Entscheidungen am eigenen Leib verspüren, haben nichts zu sagen.

Und die sogenannten „Eigentümer“ sind inzwischen, aufgrund der breit gestreuten Verteilung der Aktien durch die Wall Street, so sehr in aller Welt vereinzelt, dass an einen gemeinsamen Einsatz ihrer Stimmenmacht gar nicht zu denken ist. Kein Aktienkäufer glaubt wirklich, er könne damit irgendeinen Einfluss auf das Management ausüben; Aktienbesitzer sind ebenso passive Investoren wie Wertpapierbesitzer, wie schon Keynes 1933 feststellte:

„Die Trennung des Eigentums von der realen Verantwortung des Managements ist eine ernste Angelegenheit in einem Land, in dem das Eigentum an der Kapitalgesellschaft zersplittert ist zwischen unzähligen Individuen, die heute ihren Anteil kaufen und ihn morgen verkaufen und insgesamt weder eine Kenntnis von dem haben, was sie vorübergehend besitzen, noch Verantwortung dafür tragen.“

Sogar heute ist die „Wall Street“ angeblich ein Ideal für die ganze Welt. Das haben wir erst kürzlich wieder erlebt, als westliche Berater den postsozialistischen Ländern Privatisierungen aufzwingen, die lauter kleine „Wall Streets“ ergeben sollten. Die Folge: In diesen Ländern errangen diese Ersatz-„Aktienmärkte“ eine Bedeutung, die man nur noch als religiösen Cargo-Kult bezeichnen kann: Getreulich wurden die Ratschläge der westlichen Eliten befolgt, die „Eingeborenen“ machten alles genau nach Vorschrift, kauften und verkauften Aktien auf ihren vielen Wall Streets und hofften, das würde ihnen auf wundersame Weise „Cargo“ bringen, die ersehnten Glücksgüter aus dem Westen.

Der Götze Wall Street wird in den USA schon lange angebetet; diesem Zustand haben wir die institutionalisierte Verantwortungslosigkeit zu verdanken, die Trennung zwischen Management und Eigentümern. Die Occupy-Wall-Street-Bewegung mag unausgereift sein, sie hat uns aber auf jeden Fall das Herz des amerikanischen Kapitalismus vor Augen geführt.

Es gibt wenige, genau genommen nur sehr wenige Kommentatoren, die diese systematische Verantwortungslosigkeit der abwesenden Eigentümer



Börse im Weihnachtsschmuck (2007): Schafft viele Wall Streets!

von Kapitalgesellschaften in den Blick genommen haben. George Goyder zitiert (1961) einen überraschenden Absatz aus den Vorlesungen von Lord Eustace Percy 1944: „Wir sehen hier die dringendste Herausforderung der politischen Erfindungsgabe, die je ein Jurist oder ein Staatsmann vor sich hatte. Die Vereinigung von Menschen, die tatsächlich Reichtum produziert und verteilt, die Vereinigung von Arbeitern, Managern, Technikern und Direktoren, ist kein vom Gesetz anerkannter Verein. Der Verein, den das Gesetz anerkennt (der Verein der Aktienbesitzer, der Gläubiger und Direktoren), ist unfähig zur Produktion, und das Gesetz erwartet nicht einmal diese Funktionen von ihm.“

Natürlich gibt es zahllose Reformen, um die Symptome dieser institutionalisierten Verantwortungslosigkeit zu mildern, zum Beispiel die schier lachhafte „Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung“ (Corporate Social Responsibility, CSR). Aber die richtige Lösung ist eine neue Verfassung für Unternehmen, so dass „die Vereinigung, die tatsächlich Reichtum produziert und verteilt“, auch vom Gesetz als eigene Körperschaft von Unternehmens-Mitgliedern und/oder -Eigentümern anerkannt wird. Dies wäre die Anwendung des Demokratie-Prinzips auf den Arbeitsplatz; diejenigen, die regiert oder „gemanagt“ werden, hätten das Recht, ihre Regierung oder ihre Manager selbst zu wählen. Die Aktienbesitzer sind ja ohnehin schon in die Rolle passiver Wertpapierbesitzer abgedrängt worden, so dass eine solche neue Verfassung nur ihren Status als Gläubiger des Unternehmens (und nicht als dessen „Eigentümer“) legalisieren würde. Aber fast immer weichen politische Wissenschaftler, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler dieser Frage aus.

Und doch wurde sie schon von John Stuart Mill (*Grundsätze der Politischen Ökonomie*, dt. 1869) ins Licht gerückt. Er dachte darüber nach, wie die Organisation der Arbeit die Fähigkeiten eines Menschen beein-



Ball in der New Yorker Börse (1914)

James White

flusst und wie die Vereinigung der Arbeitenden zu einer Schule der Zivilgesellschaft werden könnte, wenn sie über das Beschäftigungsverhältnis hinausginge, also über das Herr-Knecht-Verhältnis bzw. das Mieten oder den Kauf von Arbeitskraft:

„Will man aber Gemeinsinn, Großherzigkeit oder wahre Gerechtigkeit und Gleichheit entwickelt sehen, so darf man nicht vergessen, dass Assoziation und nicht Isolierung der Interessen die Schule ist, in welcher solche Eigenschaften gepflegt werden. Das Ziel der Verbesserung sollte nicht allein darin bestehen, menschliche Wesen in eine Lage zu versetzen, wo sie ohne einander fertig werden können, sondern sie zu befähigen, mit und für einander unter Verhältnissen zu arbeiten, welche Abhängigkeit nicht bedingen.“

Vor diesem Zustand allerdings müssten alle, die von ihrer Arbeit leben (und nicht als Selbstständige), „für einen Herrn“ arbeiten:

„Die zivilisierenden und bessernden Einwirkungen der Assoziation sowie die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit einer Produktion im großen können jedoch erlangt werden, ohne die Produzenten in zwei Parteien mit einander feindlich gegenüberstehenden Interessen und Gefühlen zu theilen, wobei die große Mehrzahl, welche die eigentliche Arbeit verrichtet, nur Diener sind unter dem Befehl des Einen, von dem die Fonds hergegeben werden, und kein anderes eigenes Interesse an dem Betriebe haben, als nur mit möglichst geringer Arbeitsleistung ihren Lohn zu verdienen.“

Auf halbem Weg in diese Richtung wären dann verschiedene Formen eines Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit vorstellbar:

„Diejenige Form der Assoziation jedoch, welche, wenn die Menschheit in ihrer sozialen Vervollkommnung fortschreitet, schließlich vorherrschend werden dürfte, ist nicht die Assoziation zwischen einem Kapitalisten an der Spitze und Arbeitern, welche keine Stimme bei der Verwaltung haben, sondern eine Assoziation zwischen Arbeitern unter sich auf dem Fuß der Gleichheit, welchen Arbeitern das Kapital, womit sie arbeiten, gemeinschaftlich gehört und die ihr Geschäft unter Leitung von Vorständen betreiben, welche sie selbst erwählt haben und wieder absetzen können.“

In dieser Weise könnte dann „die Vereinigung, die tatsächlich Reichtum produziert und verteilt“ die Früchte ihrer Arbeit ernten. John Stuart Mill sieht hierin sogar einen Zuwachs an Arbeitsproduktivität. Das Unternehmen wäre dann „das Prinzip und das Interesse“ der Beschäftigten selbst.

„Dieser materielle Nutzen läßt sich kaum hoch genug veranschlagen, und doch bedeutet er so gut als nichts im Vergleich mit der moralischen Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft, welche ihn begleiten würde: der Heilung der ewigen Fehde zwischen Kapital und Arbeit; der Umwandlung des menschlichen Lebens, in welchem ein wohlwollender Wettstreit für das gemeinsame Beste an die Stelle eines erbitterten Klassenkampfes treten würde. Die Würde der Arbeit würde sich heben, bei den arbeitenden

Ab wann ist der Verkauf von Arbeitskraft Sklaverei?

Ein Standardargument lautet: Das Beschäftigungsverhältnis kann nicht einfach als zeitlich begrenzte Version der Sklaverei bezeichnet werden, denn Sklaverei war unfreiwillig. Aber das ist nicht der Vergleich, den ich hier meine. Ich betrachte die freiwillige Vermietung einer Arbeitskraft als eine zeitlich begrenzte Version des freiwilligen Selbst-Verkaufs (d.h. als freiwillige Teilzeit-Sklaverei). Bei der Abschaffung der Sklaverei wurde die freiwillige, vertraglich vereinbarte Sklaverei zusammen mit der unfreiwilligen Dienstbarkeit abgeschafft. Samuelson (*Economics*, 1976) kommentiert: „Ein Mensch hat nicht die Freiheit, sich selbst zu verkaufen.“ Es kommt einem surreal vor, dass der freiwillige Verkauf der gesamten eigenen Arbeit als Widerspruch zu unserem Rechtssystem gesehen wird, während der Verkauf nur eines Teils der eigenen Arbeit als so selbstverständlich angesehen wird, dass die Sozial- und Moralphilosophen ihn nicht diskutieren. Man könnte sich fragen, wo die Grenze liegt zwischen der völlig normalen Vermietung und der fundamentalen Verletzung unveräußerlicher Rechte. Beginnt der Verstoß bei einem Vertrag über 5 Jahre, bei 15 Jahren, 25 Jahren ...?

(David Ellerman, *Intellectual Trespassing as a Way of Life*, 1995)

Klassen würde ein neues Gefühl der Sicherheit und Selbständigkeit erwachen, und die tägliche Beschäftigung jedes menschlichen Wesens würde zu einer Schule sozialer Sympathien und praktischer Einsicht.“

Es ist bezeichnend, dass die Empfehlungen eines Mainstream-Ökonomen wie John Stuart Mill noch anderthalb Jahrhunderte später so radikal klingen.

Nun haben ja beileibe nicht alle Marktwirtschaften begeistert den „von aller Welt bewunderten“ US-Kapitalismus übernommen. In Deutschland behält der Mittelstand, der Gedanke einer engen Verknüpfung von Eigentümer und Unternehmen, große Bedeutung und hat entscheidend dazu beigetragen, der Idee, ein Unternehmen sei erst dann erfolgreich, wenn es „an die Börse“ geht, zu widerstehen. Die ebenfalls deutsche Einrichtung der Mitbestimmung wäre in einem US-Unternehmen unvorstellbar; dort wird der Lebensunterhalt von Menschen ausschließlich als Kostenfaktor gesehen, den man mit allen Mitteln so gering wie möglich halten muss. Das heißt dann eben auch, dass man die Arbeitsplätze in ein Niedriglohnland umsiedelt. Das hat die Nebenwirkung,

ES IST BEZEICHNEND,
DASS JOHN STUART MILLS
EMPFEHLUNGEN
NOCH HEUTE
SO RADIKAL KLINGEN.



Wikimedia

Manchester: Nach tödlichen Arbeitsunfällen immerhin ein schöner Gedenkstein

das Ursprungsland allmählich zu de-industrialisieren, die wirtschaftliche Grundlage ganzer Regionen zu zerstören und die Mittelklasse auszuhöhlen, während bisher unvorstellbare Reichtümer für die wenigen auf den Kommandohöhen geschaffen werden. Japan hat es seiner Konzeption des „Unternehmen als Gemeinschaft“ zu verdanken, dass die Folgen der nach der Niederlage 1945 aufgezwungenen amerikanischen Unternehmensformen weitgehend gemildert wurden.

Aber alle derartigen Versuche, auch in einer Marktwirtschaft wenigstens einen Anschein von Verantwortlichkeit aufrechtzuerhalten, sehen sich einem dauernden Sturm der Missbilligung ausgesetzt. Während des Kalten Krieges wurde jede verantwortungsvolle Marktwirtschaft, zum Beispiel eine wirklich soziale Marktwirtschaft, sogleich als „Krypto-Kommunismus“ verdächtigt. Jetzt ist zwar der Kalte Krieg vorbei und der reale Sozialismus hat ihn verloren, aber solche Überlegungen werden weiterhin in Misskredit gebracht, indem man ihnen „sozialistische Tendenzen“ nachsagt. „Amerika hat den Kalten Krieg gewonnen“, heißt es, und der US-Kapitalismus sei weithin das Erfolgsmodell einer „entwickelten“ Marktwirtschaft. Die japanischen und deutschen Einrichtungen, die noch Verantwortung im Auge haben, gelten – im Vergleich zu den „Innovationen und Fortschritten“ im US-Kapitalismus – als rückständig und fortschrittsfeindlich. Die Probleme der US-Wirtschaft werden dann zu harmlosen und vorübergehenden „Dellen“, die Probleme anderer Länder aber zu Strukturfehlern, die nur durch eine Annäherung an das US-Modell zu überwinden seien. Der Refrain dazu: Warum gönnen politische und Wirtschaftsführungskräfte den Menschen in ihrem Land nicht die „allerbesten Unternehmensformen“? 

Übersetzung aus dem Englischen: Philipp Reuter